

**An die
Mülheimer Medien**

11. April 2018

**Weitere 840.000 € Landeszuschuss an Mülheim an der Ruhr zur Finanzierung der Integrationsarbeit**

„Die NRW-Koalition unterstützt die Integrationsarbeit der Städte und Gemeinden mit weiteren 100 Mio. Euro aus Landesmitteln. Damit steigen die flüchtlingsbedingten Zuweisungen des Landes an die Kommunen auf insgesamt 1,6 Milliarden Euro. Zusätzlich werden die vom Bund für 2018 angekündigten Mittel aus dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds in Höhe von ca. 10 Mio. Euro an die Kommunen weiter gegeben.

Damit hält die NRW-Koalition ihr Versprechen, alle weiteren Bundesmittel an die Kommunen weiterzuleiten.“, erklärt CDU-Landtagsabgeordneter **Fabian Schrupf** (Essen/Mülheim an der Ruhr). Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes wird nunmehr die Rechtsgrundlage geschaffen, noch in diesem Jahr 100 Mio. € an die NRW-Kommunen zu verteilen.

Mülheim an der Ruhr kann hieraus mit einer Landeszuweisung 2018 in Höhe von 840.000 € rechnen, so die CDU-Fraktionsvorsitzende **Christina Kaldenhoff**. Eine gerechte Verteilung der Gelder muss die finanzielle Belastung der einzelnen Kommune durch die Flüchtlinge vor Ort berücksichtigen. Der Verteilungsschlüssel richtet sich daher zu 40 % nach der Anzahl der geflüchteten Personen gemäß Flüchtlingsaufnahmegesetz NRW für die Monate Oktober 2017 bis Dezember 2017 sowie zu 60 % nach der Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung (Stichtag 1. Januar 2018), erläutert CDU-Landtagsabgeordneter **Fabian Schrupf**.

CDU-Fraktionsvorsitzende **Christina Kaldenhoff**: „Die neue NRW-Koalition ist mit der Einlösung ihrer Zusagen bei der Finanzierung der Flüchtlingskosten und der Integrationsarbeit vor Ort auf einem sehr guten Weg. Auch diese Entscheidung der Landtagsmehrheit von CDU und FDP zeigt, dass die gemeinsame Forderung zur Beachtung des Konnexitätsprinzips gerade bei der zentralen Aufgabe „Integration“ der Landes- und Bundespolitik jetzt konsequent umgesetzt wird und die Kommunen dabei nicht im Stich gelassen werden.“

F.d.R.

Hansgeorg Schiemer

-Fraktionsgeschäftsführer-